

icht schuld

war aus zwei... Temperaturen... September des... Monate des März... schon zu... Deutschland die... Monate sich... Niederschlägen... zu nasse Pe... Sommer... feststellt, daß... unserer Zone... Tage vorka... jeweils min... während sonst... in ganzem... die diesjährigen... waren wärmer... übergegangenen... waren zu warm... te, Dezember... tiefen Tempera... Auswirkung der... anders groß auf... rdnung för... heilicher Ernte... bei Kraut und... befürchten. Da... hrdet. Bekannt... heißen Sommern... ch der Wissen... rachen der ab... längerer Zeit be... cht möglich. Es... e, daß gewisse... (Stratosphäre)... gegenwärtig die... e zwar wärmer... n Kilometer je... in den letzten... nnenflecken ist... Jedenfalls fiel... und 1935 nicht... sammen.

enjugend

irchweihnachts... Kreisgebiet bei... tlich vergoldete... nstern herrlich... u treffen. Mör... nende Messe ab... überzeugenden... der Stunde auf... Tat, Glaubens... heit, Demut und... essen fand im... Aussprache über... t. Insbesondere... ndig sei, sich... von Weltjugend... igen Kreis zu... melten sich die... adtpfarrer Manz... des Treffens auf... sen bedarf es... eiteren schwäbi... ein frisch-fröh... e bereitete das... der Neuenbürger... ages zeigten die... el viel spirituelle... benjugend des... im Gottes... Na... er die traurige... st Josef Wied... ett in Riga ge... esse hielt ihre... revisor Wolf... Bedeutung der... neuen Rechner... Bürgermeister... eramt erfolg... Rechner Karl... ausgesprochen.

kt. 1947 abends... chsstraße Rott... ng Trossingen... mrock sich als... straßenpassanten... an erworbenen... ggemäß umge... ebensmittel ab... ed mit kleinem... seine Beute in... analpolizei fahn... die Bevölke... Kontrollen doch... einen Polizei-

er für Ihre... anzeigen... angebote... nachrichten... Kaufgesuche... erner u. folienlos... er 53. Calw... alle 18... e-le, Wildbad. (r

nität. Elektro-An-... 220 Volt (angeben),... legt dieselben. Por... oder Rort 17.50... einze (21b) Gültig... (c

und Rollstuhl abzu... schloß über Arbeits... ist gefahrt. Zu er... Agentur der ES... (r... für Mercedes... verkaufen; Damen... e. Nr. 40, zu feinen... Nr. 214 an die... Badhofstraße 4. (r... 4-Jahres-Altma... Ang. unt. Nr. 1372... Anz.-Berm., Roll... ang in Rottweil a. St... ie Dame. Remerbu... die Vermaltung der... nstitut für Chean... rete Selig, Konfanz... (r... (Ausg. Mittw... Bippus, Rottweil

Schwäbische Zeitung

Erscheint am Mittwoch und Samstag. — Monatsbezugspreis RM. 1.70 samt Beförderungsgebühr und Trägergeld, durch die Post: RM. 1.60 zuzüglich RM. 0.24 Post-Zustellgebühr. — Anzeigenpreise für den lokalen und allgemeinen Teil nach Preistarif vom 1. März 1946 — Adresse: Schwäbische Zeitung, Leutkirch, Poststr. 22, Tel. 212. — Geschäftsstelle Rottweil, Waldtorstr. 4, Tel. 322. — Verlagspostamt Friedrichshafen a. B. Rottweil/Schwenningen, Schramberg/Oberndorf 3 Calw/Freudenstadt/Horb

Mittwoch, den 29. Oktober 1947

ORGAN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION

Nr. 86 / Jahrgang 3 / Preis 20 Pfg.

Verfassungsreform durch Neuwahlen

De Gaulle fordert Selbstauflösung der Nationalversammlung

Paris. — Am 30. Oktober werden die Nationalversammlung und der Rat der Republik über die Vertrauensfrage abzustimmen haben, die Ministerpräsident Ramadier nach der Umbildung seines Kabinetts stellen muß. Nach einem „Kosmos“-Bericht rechnet er mit einer Mehrheit von etwa dreißig Stimmen. Obwohl die Kommunisten die Regierung und die sozialistische Partei scharf angreifen, besteht doch die Möglichkeit, daß sie sich entschließen könnten, für Ramadier zu stimmen, um zu verhindern, daß De Gaulle mit der Kabinettsbildung betraut werde. Nach dem Vorliegen der Stichwahlergebnisse gab der General eine Erklärung ab, in der er feststellte, die „Separatisten“ hätten mindestens ein Siebentel ihrer Wähler und viele Gemeinden verloren. Zahlreiche Bürger, die sich von den Aposteln des Unheils auf den Weg des Unglücks und der Knechtschaft hätten ziehen lassen, bekundeten den Willen zu sozialer Gerechtigkeit und nationaler Erneuerung. Jeden Tag werde es klarer, daß die „Separatisten“ nicht eine französische Partei, sondern die Verkünder einer ausländischen Diktatur seien. Sämtliche von den eigentlichen Parteien aufgestellten Listen hätten nicht einmal ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhalten. Das Parlament sei sofort aufzulösen und neue allgemeine Wahlen seien auszuschreiben.

Eine Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Generals de Gaulle sagte einem Vertreter der Nachrichtenagentur Agence France Presse, der General beabsichtige, nur auf legalem Wege und im Rahmen der parlamentarischen Einrichtungen zu handeln. Wenn er gegenüber der derzeitigen Versammlung skeptisch sei, dann nur, weil sie nicht mehr den Willen der Wählerschaft repräsentiere. Sein Hauptziel sei, ein Parlament wählen zu lassen, das diesen Wünschen der Wählerschaft besser gerecht werde. Sache der Versammlung sei es, sich zu entscheiden. Sie könne und müsse allgemeine Wahlen ansetzen. Wichtigstes Thema dieser Wahlen wäre die Verfassungsfrage. De Gaulle fordert direkte Mehrheitswahl in einem Wahlgang. Die gaullistischen Kandidaten würden sich bei einer solchen Wahl mit dem Programm der Verfassungsrevision vorstellen, wie sie in der Rede von Bayeux erläutert worden ist. Wenn sie die Mehrheit erhalten würden, wäre es nicht mehr erforderlich, eine verfassunggebende Versammlung zu bilden, da die Wähler mit ihrer Abstimmung bereits die zukünftige Verfassung gebilligt hätten. Wenn die Gaullisten die Mehrheit erhielten, würden sie binnen 48 Stunden die Verfassung von Bayeux zur Annahme bringen. Unverzüglich darauf würde ein Referendum folgen.

Trumans Vorschläge an den Kongreß

Washington. — Präsident Truman hat den Kongreß auf den 17. November zu einer Sondersitzung einberufen. Auf einer Pressekonferenz sagte er dazu, einige westeuropäische Länder hätten ihre Mittel völlig erschöpft und könnten nicht mehr die Lebensmittel und Brennstoffe kaufen, die unerlässlich seien, daß ihre Bevölkerung diesen Winter überstehe. Frankreich könnte seine Mindestbedürfnisse mit den Mitteln, die der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verfügung stünden, nur noch bis Ende Dezember decken, und im Falle Italiens wäre eine Soforthilfe noch dringender. In einer Rundfunkrede an das amerikanische Volk schätzte der Präsident den Bedarf Frankreichs bis zum 31. März 1948 auf 357 Millionen Dollar und den Italiens auf 285 Millionen Dollar. Den Marshall-Plan nannte er eine große Hoffnung auf wirtschaftliche Sicherheit und Frieden in Westeuropa. Es sei aber eine gewisse Zeitspanne nötig, damit er in Kraft treten könne. Falls in Frankreich und Italien die Wirtschaft zusammenbräche, so würden diese Völker dem totalitären Druck erliegen und könnten nicht hoffen, sich jemals wieder emporzarbeiten, während doch ihr Wiederaufstieg eine Grundvoraussetzung des Weltfriedens sei. Selbst mit der Hilfe, die die Vereinigten Staaten leisten wollten, würden die Völker Europas in diesem Winter nur geringste Rationen haben, sie würden frieren und es würde ihnen an zahlreichen unbedingt notwendigen Dingen fehlen. Die demokratischen Länder dürften nicht aufhören, zu hoffen, damit sie nicht zu leicht die Opfer eines totalitären Angriffs würden. Truman forderte auch Zusatzkredite, damit die Ver-

einigten Staaten ihre Positionen in Deutschland, Japan und Korea halten könnten. Man nimmt an, daß Truman vom Kongreß für die Soforthilfe 642 Millionen Dollar als Hilfskredit außerhalb des Rahmens des Marshallplans verlangen wird. Nach einer Südena-Meldung will die amerikanische Regierung vom Kongreß Kredite von sechs bis sieben Milliarden Dollar verlangen, die die Durchführung des Marshallplanes im ersten Jahre sichern sollen. Die Gesamthilfe hofft die Regierung für die vier Jahre des Plans auf sechzehn Milliarden beschränken zu können. Sie beabsichtige, ein Regierungsorgan zu schaffen, das dem Amt für Kriegsproduktion oder der Pacht- und Leihbehörde ähnlich wäre. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung spricht man in Washington nach einer Südena-Meldung von einer „Friedensoffensive“ der Sowjets auf der Londoner Außenministerkonferenz. Die Beziehungen der beiden Weltmächte gingen einer Entspannung entgegen. Dafür wird nicht zuletzt die Ablösung des Sowjetsohahfters Nowikow durch Panuschkin geltend gemacht, von der es heißt, es wäre nicht unmöglich, daß sie das Vorspiel zu einer neuen Phase in den Beziehungen der beiden Mächte sei. Nowikow galt als energischer Anhänger der strikten sowjetischen Orthodoxie. An eine Unnade glaubt man nicht, eher sei es möglich, daß er als ehemaliger Botschafter in Kairo in arabischen Angelegenheiten verwendet werden solle. Panuschkin ist für Europa und Amerika ein neuer Mann, Berufssoldat und auf diplomatischem Gebiet bisher nur in China tätig gewesen.

Unter dem Eindruck der Demontagen

Baden-Baden. — Die Militärregierung teilt mit: „General Noiret, der Vertreter des französischen Oberbefehlshabers im Kontrollrat, überreichte dem Koordinierungsausschuß am 16. Oktober eine Liste von 170 Fabriken in der französischen Zone, die in etwa 255 Anteile zwecks Zuteilung an die einzelnen Länder aufgeteilt wurden, welche Anspruch auf Reparationsleistungen haben. Diese Liste enthält unter anderen 31 Fabriken, die bereits der Sowjetunion und der interalliierten Reparationsagentur zugeteilt wurden. Die Übergabe der Liste hat den Zweck, die Durchführung der Reparationsleistungen fortzusetzen.“ Der Sprecher der Militärregierung nannte unter den wichtigsten Firmen, die zur Verfügung gestellt werden, Mauser, Dornier, Zeppelin, Degussa, Maybach und Junghans, sowie Teile der IG-Farben. In einer Rede, die er vor Vertretern des öffentlichen Lebens Nordrhein-Westfalens im Düsseldorfer Opernhaus hielt, sagte Lord Francis Pakenham, wie er höre, seien deutscherseits bisher wenige Schritte getan worden, um die vierzehntägige Frist auszunutzen, in der Verbesserungsvorschläge zur Demontageliste gemacht werden könnten. Den 682 abzubauenden Anlagen ständen in den beiden Zonen zusammen 5000 Produktionsanlagen gegenüber. Die heutige Produktion betrage in beiden Zonen 42 Prozent der von 1936. Deutschland werde nach Schätzungen

bis 1951 die Produktion von 1936 nicht wieder erreicht haben und in den nächsten drei bis vier Jahren tatsächlich weniger Industriekapazität ausnützen, als ihm der neue Plan zubillige. Selbst die oft genannte Summe von 250 Millionen Pfund mache immer noch nur einen Bruchteil des deutschen Volkseinkommens aus. Die Frist läuft ab -I. Stuttgart. — Am Samstag erließ die württembergisch-badische Regierung einen Aufruf an die Wirtschaft des Landes, in dem sie dringend zur freiwilligen Meldung überflüssiger Maschinen aufruft, um sie der Militärregierung als Ersatz für die auf der Demontageliste stehenden Produktionsmittel vorschlagen zu können. Größte Eile sei geboten, da die Einspruchsfrist am Donnerstag ablaufe. Man hofft, ausreichende Maschinenmeldungen zu erhalten. Wie gut unterrichtete Kreise erklären, rechnet man damit, daß es der Militärregierung nicht so genau auf die Maschinentypen ankommt, wenn die Maschinen nur gleichwertig sind. Auf einer Pressekonferenz sagte Oberst Edwards von der Militärregierung Württemberg-Baden, daß nur Maschinen demontiert würden, nicht aber Firmen. Die Werke könnten nach der Demontage ihren Maschinenpark wieder ergänzen und erneut mit der Friedensproduktion beginnen. Der Wert der vorgeschlagenen Demontagen betrage in Württemberg-Baden 27 Millionen Reichsmark.

Zugelassene Parteien

-I. Stuttgart. — Kurz nacheinander wurden für den Kreis Stuttgart von der örtlichen Militärregierung zwei Parteien lizenziert. Die „Neue Partei“ wurde von Maria Bredow, einer früheren Sekretärin Franz von Papens, gegründet. Man kann sie als Rechtsparterie bezeichnen, die zunächst einmal gegen die überorganisierten Aemter und die bestehenden alten Parteien polemisiert. Ein Programm hat sie noch nicht. Ehemalige deutschnationale Kreise dürften sich in dieser Partei sammeln. Die zweite Partei nennt sich schlicht „Arbeiterpartei“. Sie steht ganz links und will für einen wahren Marxismus kämpfen, nachdem die SPD und KPD versagt hätten. Einer der führenden Köpfe ist der Geschäftsführer der „Stuttgarter Zeitung“, Albert Schmidt. Beide Parteien bemühen sich, noch vor den Gemeindevahlen

am 7. Dezember ihre Arbeit auf das ganze Land Württemberg auszudehnen und weitere Kreislizenzen zu erhalten.

Deutsche Verwaltung der Ruhrgruben

London. — Das vorläufige britisch-amerikanische Abkommen über die Ruhrkohlengruben, das die britische Kohlenkontrolle durch eine gemischte anglo-amerikanische Ueberwachungsbehörde ersetzt, tritt in Kraft. Die Leitung der Bergwerke wird deutschen Fachleuten übertragen werden. Ausgenommen davon sind die Gruben, deren Aktienmehrheit im ausländischen Besitz ist. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande aufgefordert, für die Ruhrgruben, deren Aktienmehrheit sich im Besitz ihrer Staatsangehörigen befindet, Direktoren zu nennen.

Der Beamte und das Volk

J. S. Der preußische Beamte ist zu einer legendären Figur geworden. Er war das Sinnbild für Fleiß, Gewissenhaftigkeit und Unbestechlichkeit. Eher wich die Sonne aus ihrer Bahn, als daß der Oberste Rechnungshof in Berlin auch nur eine halbe Mark, die etwa ein preußischer Ministerialdirektor bei einer Dienstreise über seinen Spensatz hinaus verbraucht hatte, unbeanstandet durchgehen ließ. Wie es immer so ist in der Welt: aus den Tugenden entfließen auch die Laster, in diesem Falle eine gewisse Ueberheblichkeit, Pedanterie und ein eiserner Kastengeist. Aber sie waren immerhin zu ertragen. Sie lieferten zwar ebenso wie die Marotten einer anderen Kaste des preußischen Staates, des Offizierskorps, viel Material für die Witzblätter, indessen war es zu meist ein gutmütiger Witz, denn im Grunde war der preußische Staatsbürger ebenso stolz auf seinen unbestechlichen Beamten wie auf seinen schneidigen Leutnant. Im Süden herrschten etwas laxere Begriffe, und bei einer schäumenden Maß im Hofbräuhauskeller oder bei einem guten Viertele in Stuttgart konnte der gemeine Mann dem höchsten Würdenträger freundlich auf die Schulter klopfen, oder ihm vertraulich etwas ins Ohr flüstern. Aber auch im Süden und Westen war der Beamte ein sauberes durch und durch intaktes Stück der Staatsgewalt.

und Würde zerrissen und zermahlen wird. Der Staat droht das bißchen Produktion, das in Deutschland noch zutage gefördert wird, für sich und seinen Apparat selbst zu verschlingen. Wenn irgendwo Glühbirnen oder Schreibmaschinen produziert werden, der Staat ist der Erste, der seinen Bedarf damit deckt. Kompensationsware, Oefen und Schuhabstreifer, Obst und Kirschen, Schuhe und Kleider, ist es nicht zuerst das Amt, das sich damit eindeckt? Hat ein Bürger noch glücklich sein Auto gerettet, auf Grund des berühmten Reichsleistungsgesetzes, das Hitler für den totalen Krieg zum Raubzug gegen seine Untertanen geschaffen hat, und das grotesker Weise auch heute noch, nachdem der Kontrollrat die Gesetze der Hitlerzeit für ungültig erklärt hat, munter praktiziert wird, wird dem Bürger sein Wagen beschlagnahmt, damit irgend ein Beamter damit fahren kann. Denn dieser Staat ist bis aufs letzte motorisiert. Die Zeiten, als selbst Minister sich auf die Straßenbahn setzten, um in ihr Büro zu fahren oder hohe Beamte mit der Bahn ihre Dienstreisen machten, sind längst vorbei. Und die Lawine wächst, der Apparat schwillt an, eine Machtfülle wie noch nie ist in die Hände des Beamten gelegt. Heute kann ein Mädchen auf dem Ernährungsamt oder Arbeitsamt durch den einfachen Entzug der Lebensmittelkarte den Bürger zum Hungertode verurteilen, und ein halbes Dutzend Hilfskräfte einiger Aemter vermögen einen Menschen, der irgendein Papier verloren hat, vom Amt zu Amt hetzen, bis er den Verstand verliert. So sieht dieser Staat aus, den der Beamte heute zu vertreten hat. Es ist ein Staat, der von dem Bürger als sein geschworener Feind betrachtet wird, gegen den sich der Bürger in verzweifelter Selbsthilfe wehrt. Und wer vermag es ihm? Er tut es, indem er in den schwarzen Markt flüchtet. Er tut es aber auch, indem er zu dem immer wieder bewährten und in der Hitlerzeit besonders erfolgreichen Mittel greift: Er besticht den Beamten! Er macht ihn korrupt. Mit einem Pfund Butter in der Aktentasche getraut sich jeder getrost in die Höhle des grimmigsten Löwen.

Diesem Typ der alten Beamten haben die Nationalsozialisten den Todesstoß versetzt. In den zwölf Jahren ihres Regimes hat sich das Gesicht des Beamten verwandelt. Zuerst kam das famose Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Noch nie hat ein harmloserer Name eine so grundfaule Sache decken müssen. Hier wurde nichts wiederhergestellt, sondern alles radikal umgestülpt. Die Partei bemächtigte sich des Staatsapparates und würgte das Berufsbeamtentum ab. Der geistige und physische Terror hielt seinen Einzug in alle Aemter, sowohl in die alten wie auch in die neuen, die auf einmal wie Pilze aus dem Boden schossen. Ueberall saß der Bonze und regierte mit Brachialgewalt. Die Gesinnung wurde verbogen und dem Beamten das moralische Rückgrat gebrochen. Es endete damit, daß er gezwungen wurde, Verbrechen zu begehen. Tragödien vollzogen sich still und öffentlich, aber auch wahre Heldentücke. Man erinnere sich nur der tapferen Eisenbahner, der vielgeplagten Lokomotivführer und Bahnschaffnerinnen, die im Bombenkrieg 1945 auf jeder Fahrt ihr Leben riskierten und den grauenhaften Dienst taten, oft, bis sie bei lebendigem Leibe verbrannten. Es sei ihnen nie vergessen!

Es wäre unrecht zu sagen, die neue Verwaltung wäre korrupt, aber sicher ist, daß wir alle an der Grenze der Korruption wie auf des Messers Schneide wandeln. Der Beamtenapparat ist gesäubert worden, nachdem die Aktivisten sich zumeist schon beim Sturze Hitlers verkrümelt hatten. Man kann nicht sagen, daß die Säuberung im Endeffekte sehr glücklich war. Sie hat tüchtige Fachleute gekostet; man kann eben nicht jeden Menschen ersetzen. Dennoch sind viele, die den alten, gewalttätigen und rücksichtslosen Hitlergeist in sich hineingefressen haben, da und dort geblieben. Aber, Hand aufs Herz, es wird dem Beamten auch nicht leicht gemacht, denn noch ist es nicht so, daß er seine Autorität im Namen und Auftrage des Volkes direkt ausübt, noch ist er Befehlsempfänger, ausführendes Organ der Besatzungsmacht. Die Demokratie fordert, daß jeder Beamte sich nur seinem Gewissen verpflichtet fühlt und einem Befehl, der gegen sein Gewissen geht, den Gehorsam verweigert. In Nürnberg konnte sich niemand damit ausreden, daß er nur einem Befehl gehorchend gemordet habe, es half ihm nichts. Wer vermag, in das Dilemma zwischen Befehl und Gewissen gestellt, immer den rechten Weg zu finden? Manche Begriffe haben sich verwirrt, ehemals galt Sabotage und Dienstverweigerung als Schwerverbrechen, heute verdanken manche ihre Stellung eben solchen Delikten. In diesen total zerrütteten Zeiten sich zurecht zu finden, mag schwierig sein, zumal für den Beamten. Es wird stärker menschlicher und moralischer Qualitäten bedürfen an allen Amtsstellen, bei den obersten und noch mehr bei den untersten, damit zwischen dem Volk und dem Beamten das alte gute Vertrauensverhältnis wiederhergestellt wird.

Römische Bewährung

RvF. Der Parteienkampf um die Sitze in der römischen Stadtverwaltung, der etwa zwei Wochen bis zum Wahlsonntag des 12. Oktober mit wachsendem Crescendo anhält, ist ausgetragen. Im Ausland kann man das Gewicht dieses Wahlganges, der nicht nur über die Verteilung der Sessel im Vornehmsten Munizipium Italiens entschied, auf den ersten Blick schwerlich recht erfassen. In weltanschaulicher Hinsicht ist der Ton, der vom Kapitol zum Vatikan herüberklingt, keineswegs gleichgültig. Man erinnert sich, wie jenseits des vatikanischen Bronzetores die herausfordernden Reden des Stadtoberhauptes Nathan unter den Pontifikaten Leos XIII. und Pius' X. aufgenommen wurden. Diesmal erinnerte am Wahlabend das Organ des Heiligen Stuhles, daß das Capitolium fulgens der alten Römer heute eine nur für Archäologen interessante Trümmerstätte wäre, wenn das Kreuz der Erlösung es nicht zum Capitolium Christi gemacht hätte. Die Katholiken der ganzen Welt erwarteten mit Spannung, wie sich ihre Glaubensbrüder in Rom bei der Wahl bewähren würden. Unbestreitbar haben sie trotz massiver Angriffe der vereinigten Linksozialisten und Kommunisten und einem wahren Trommelfeuern von Wahlplakaten mit reißerischen Vergrößerungen standgehalten. Auch das etwas karnevalistisch anmutende Abwerfen von bunten Wahlzetteln in Fallschirmformat über dem Zentrum Roms hat den gesunden Menschenverstand der echten Quiriten nicht verwirrt. Freilich wirkte es keineswegs anheimelnd, am Spätnachmittag des 11. Oktober über die Piazza Colonna und den Corso Umberto Men-

schenknäuel mit roten Fahnen und unter dem Gesang der „Bandiera rossa“ einherziehen zu sehen. Die abgeschabten Anzüge und bleichen Gesichter vieler dieser Menschen waren Zeugnisse einer wirklichen Volksnot. In dieser Situation sind die Menschen an Vorabenden von Wahltagen selten nüchternen Ueberlegung fähig. Die hinterlistige Ermordung des Leiters der Jugendbewegung der Democrazia Cristiana in der Provinz Rom, Gervasio Federici, durch einen zwanzigjährigen Kommunisten wirkte dann gleichsam milieubedingt. Die Nachricht verbreitete sich am Morgen des Wahltages in ganz Rom und trug ihr Teil bei, daß passiv und wahlmüde Gewordene ihre Stimme den Christlichen Demokraten oder einer anderen bürgerlichen Partei gaben.

Das Organ der Rechtssozialisten Saragats, „L'Umanita“, sagt zu Recht, daß sich ungeachtet der 13 Wahllisten die meisten Stimmen auf den sozialkommunistischen, unter der geliebten Flagge Garibaldis marschierenden Volksblock einerseits und die Democrazia Cristiana andererseits konzentrierten. Unleugbar hatten sich auch diese Wahlen, wie so häufig in den letzten dreißig Jahren, in einer Atmosphäre der Furcht abgespielt. Sicherlich haben breite Schichten des Bürgertums zunächst einmal die politischen Hauptgefahren wirklicher und vermeintlicher

Art abgetastet, ehe sie zur Wahlurne schritten. Aber nicht nur die Angst vor dem Kommunismus und der eben wiedererstandenen Komintern hat die Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen von 1946 von 57,48 auf 66,81 Prozent steigen lassen, sondern auch das Gespenst des Neofaschismus, an das bisher niemand ernst geglaubt hatte, erschien leibhaftig mit stattlichem Gefolge unter dem Banner des „Movimento Sociale Italiano“ am 11. Oktober unter Hochrufen auf Mussolini auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude. Der Mussolini redivivus geistert nicht nur durch politische Witzblätter.

Die Wahlergebnisse in Rom sprechen dem im Mai 1947 gescheiterten Dreiparteiensystem der Christlichen Demokraten, der Sozialisten Nennis und der Kommunisten nochmals das Urteil. Peinlich überraschen mußte ein „Kommentar“ des „Risorgimento Liberale“. Mit der Klage über die bescheidenen Wahlergebnisse der Mittelparteien — die Liberalen haben es nur an achter Stelle auf 11 673 Stimmen gebracht — verknüpft er die Besorgnis, daß der wahre bürgerliche Fortschritt zwischen einem roten und einem schwarzen Totalitarismus zugrunde gehen werde. Der Verfasser hätte bedenken sollen, daß die Christlichen Demokraten ehrlich demokratisch und keinesfalls autokratisch sind. Der im Wahlkampf gefallene Federici war der Sohn eines Liberalen. Die junge Generation wünscht eben einen klarer umrissenen weltanschaulichen Einsatz in der Politik als die Liberalen.

DIE KURZÉ NACHRICHT

Schumachers Bedenken

Dr. Kurt Schumacher erklärte in einer Pressekonferenz in Washington nach einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium, daß die Vereinigten Staaten und England bei weiteren Demontagen der deutschen Friedensindustrie die Durchführung des Marshall-Planes in Deutschland unmöglich machen würden.

Er hat noch Prestige

Die erste Landesversammlung der WAV wählte den Abgeordneten Höllner zu ihrem Landesvorsitzenden. Zweiter Vorsitzender wurde Alfred Noske. Alfred Loritz, der immer noch verschwunden ist, wurde in einer Stichwahl in den Landesvorstand der WAV gewählt.

Geteilte Doppelbettzimmer

In Königswusterhausen bei Berlin ist von der sowjetischen Militäradministration ein neuer Lehrgang für Mitglieder der drei politischen Parteien in der Ostzone eröffnet worden, an dem 25 Demokraten, 15 Mitglieder der CDU und 10 der SED teilnehmen. Die Angehörigen der „bürgerlichen Parteien“ schlafen in Doppelbettzimmern, sie müssen aber ihre Zimmer jeweils mit einem Mitglied der SED teilen. Der Kursleiter heißt Mertens. Er soll gebürtiger Deutscher sein, lebte aber schon seit seiner Jugend in Rußland. Die übrigen Abteilungsleiter sind Deutsche, von denen einige ehemalige Offiziere und Mitglieder des „Komitees freies Deutschland“ sind. Auf dem Lehrplan stehen russische Sprachstudien, Geschichte, und das Studium der aktuellen Probleme der Sowjetunion.

Die Wahlen der Schweiz

Die allgemeine Tendenz der schweizerischen Parlamentswahlen zeigt eine Konsolidierung der Radikalen Partei, einen leichten Verlust für die Sozialisten und einen bescheidenen Erfolg der Partei der Arbeit. Derselbe Tendenz kann bei den Ständeratswahlen beobachtet werden. Die von 194 Gesamtergebnisse bisher bekannten 94 Wahlergebnisse ergeben folgendes Bild: Radikale 30 Sitze, 5 Zugänge. Sozialisten 20 Sitze, 4 Verluste. Konservative 28 Sitze, 1 Verlust. Bauernpartei 5 Sitze, 1 Zugang. Liberale Partei 3 Sitze, 1 Verlust. Demokraten 3 Sitze, 1 Verlust. Partei der

Arbeit 3 Sitze, 2 Zugänge. Parteilose 6 Sitze, 1 Verlust. Unabhängige 1 Sitz.

Telegraphischer Rücktritt

Der bulgarische Gesandte in Bern, Damian Velcheff, teilte der bulgarischen Regierung telegraphisch seinen Rücktritt mit. Er protestierte gegen die Anschuldigungen, die im Prozeß gegen General Stanchew gegen ihn erhoben wurden und verteidigte den hingerichteten Nicolas Petkoff. Es heißt in dem Telegramm: „Die Wahrheit ist, daß Petkoff kein Verräter war, sondern ein guter, tapferer Bulgare, ein ehrlicher und mutiger politischer Kämpfer.“

Eine bedauerliche Gründung

Der stellvertretende Ministerpräsident und Parteiführer der Sozialistisch-Nationalen Partei in der Tschechoslowakei, Dr. Zenkl, erklärte auf einer öffentlichen Kundgebung, es sei bedauerlich, daß die bedeutendste Partei des Landes gelaugt habe, der Belgrad Erklärung der neun kommunistischen Parteien beizutreten zu müssen. Er sagte: „Die Auflösung der Komintern hat während des Krieges erheblich dazu beigetragen, das Vertrauen zwischen Ost und West zu stärken. Heute, da soviel Mißtrauen zwischen den ehemaligen Alliierten besteht, erschwert die Gründung der Komintern, unter der man eine Wiederherstellung der Komintern versteht, die Beziehungen zwischen Ost und West.“

Flucht aus Warschau

Der Chef der ehemaligen polnischen Exilregierung in London, früherer polnischer Ministerpräsident und Vorsitzender der polnischen Bauernpartei, Mikolajczyk, ist zusammen mit seiner Familie, seinem Sekretär und mehreren anderen Parteimitgliedern aus Warschau verschwunden. In amtlichen polnischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Mikolajczyk ins Ausland geflohen ist.

Bedrücktes London

In politischen Kreisen in London fragt man sich, ohne jedoch Prognosen stellen zu wollen, ob weitere südamerikanische Staaten dem Beispiel Chiles und Brasiliens im Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau folgen werden. Eine gewisse Bedrückung kommt in London im Hinblick auf die Rückwirkungen zum Ausdruck.

die das Vorgehen der südamerikanischen Staaten auf die Tätigkeit der Vereinten Nationen haben werden.

Die „Times“ kommentiert, daß die Maßnahmen Chiles und Brasiliens deutlich zeigen, daß die Spaltung, unter der die Welt leidet, wieder einmal tiefer und schärfer geworden ist.

Ausreise freigegeben

Der brasilianische Präsident fordert in seiner ersten Ansprache seit dem Bruch Brasiliens mit der Sowjetunion bei einer Versammlung von hunderttausend Arbeitern die brasilianischen Kommunisten auf, nach der Sowjetunion zu gehen, wenn ihnen die Lebensweise in Brasilien nicht passe. „Brasilien“, so sagte der Präsident, „wendet sich vor allem gegen die Leute, die ihre Instruktionen von Uebersee erhalten und sich das Recht anmaßen, über das Schicksal des brasilianischen Volkes zu bestimmen.“ Die Fabrikarbeiter trugen Schilder und Fahnen mit der Aufschrift: „Nieder mit Rußland!“ und „Lang lebe die Demokratie!“

Im Schutz der Sowjetunion

Wie der sowjetische Rundfunk bekannt gibt, haben die russischen Behörden die diplomatischen Vertreter Brasiliens in der Sowjetunion „ihrem Schutz“ unterstellt, bis die sowjetischen Diplomaten Brasilien haben unternommen verlassen können.

Bereit zu marschieren

Die Regierung des Irak gab bekannt, daß ihre Truppen nach Palästina einmarschieren würden, wenn die Vereinten Nationen den Teilungsplan für das Land annehmen.

Der Maharadscha ging

Von aufständischen Moslems wurde in Westkashmir eine provisorische Regierung von Kaschmir gebildet. Die Regierung behauptet, ihren Machtbereich über den größten Teil Kaschmirs ausgedehnt zu haben. Der Maharadscha habe zusammen mit seinem Ministerpräsidenten das Land verlassen. INS meldet aus Srinagar, daß etwa zweitausend Moslems aus der Nordwestprovinz Pakistans in Kaschmir eingedrungen sind und Einheiten der Kaschmir-Armee in die Flucht geschlagen haben. Sie haben dabei mehrere Ortschaften zerstört.

Die Glosse

Wer zwei Häuser hat . . .

„Das „Schwäbische Tagblatt“ stellte dem Oberbürgermeister Hartmeyer von Tübingen die Frage, wie er es fertig gebracht habe, zu seinem Haus sich noch ein wunderbares Holzhaus zu bauen, während er den Studenten, die keine Zimmer bekommen, versichere, man könne für sie keine Baracken aufstellen, weil die Stadtverwaltung kein Material dafür habe. Das „Tagblatt“ meinte mit Recht, es wäre sehr wünschenswert, daß der Oberbürgermeister die Sorge, die er für sein Eigenwohl aufbringe, auch auf die unter seiner Obhut stehenden Mitbürger ausdehne. Der Oberbürgermeister sagte vor kurzem in einer Pressekonferenz, ein etwaiger Zusammenschluß der Westzonen werde voraussichtlich die Wohnungsnot in der Stadt verschärfen, darum müsse man noch einmal die Evakuierten überprüfen. Die Evakuierten werden sich dafür sehr bedanken. Was von ihnen noch im Lande ist, sind in der Regel Ausgebombte, die sich mit Mühe und Not und mit ihrer Nachbarn und ihrer Verwandten Hilfe kümmerlich installiert haben. Es ist ihnen gelungen, eine Arbeit zu finden und eine Existenz aufzubauen, sonst wären sie ja schon längst wieder abgeschoben worden. Vielfach sind es auch alte und kranke Leute, die nicht reisen können, und ihre Heimat verschließt sich ihnen und nimmt sie nicht auf. Diese also sollen noch einmal durch das Sieb gelassen werden! Es ist wie im Kriege, wo die Stabsärzte das allerletzte Aufgebot an Kranken und Krüppeln noch einmal durchkämmten, um dem Hitler Kanonenhutler zu liefern. Oberbürgermeister Hartmeyer wußte auf den Vorhalt des „Tagblatts“ zu erwidern, daß er seine bisherige Wohnung zur Verfügung stellen wolle, sobald er in sein Holzhaus ziehen könne. Das wäre also in Ordnung. Es bleibt aber ein bitterer Nachgeschmack: Wer das außerordentliche Glück hatte, in solchen Zeiten ein Haus bauen zu können, der sollte dafür dankbar sein und es sich zweimal überlegen, ehe er Menschen ins Ungewisse hinausschickt, die in ihrer früheren Heimat nicht einmal ein einziges Zimmer ihr eigen nennen. Oder hat der Oberbürgermeister von Tübingen eine andere Ansicht?“

AM RANDE

Der „Südkurier“ vom 24. Oktober meldet: „Die Ministerpräsidenten der drei Länder der französischen Zone, Leo Wohleb, Freiburg, Dr. Kopf, Tübingen, und Altmeyer, Koblenz, hatten sich am Dienstag in Begleitung ihrer Wirtschaftsminister in Baden-Baden eingefunden.“ Wo hatte der Kollege in Konstanz nur seinen Kopf, daß er einen solchen Bock schießen könnte?

In der Ostzone wurde der Ladenverkaufspreis für die Flasche Brantwein von 42 auf 60 bis 70 Mark heraufgesetzt. So soll der Entgang wettgemacht werden, der infolge der schlechten Kartoffelernte bei der Brantweinsteuer erwartet werden muß. Sie hat bei einem Steuereinkommen von 7,7 Milliarden allein fast 3,5 Milliarden eingebracht.

In allen Schulen des sowjetischen Sektors Berlins muß an aufeinanderfolgenden Tagen das Thema „Dreißig Jahre Kultur der Sowjetunion“ behandelt werden. Die Schulklassen besuchen geschlossen das „Haus der Kultur der Sowjetunion“.

Wetterbericht

Auf der Ostseite des über Skandinavien gelegenen Hochdruckgebietes strömt kalte Luft über Rußland nach Mittel- und Westeuropa ein. Mit abkühlender Temperatur bei verbreitetem Nachtfrost hat das Wetter ein vorwärtliches Gepräge angenommen.

Vorhersage: Teils heiter, teils bewölkt, besonders im Süden mit Niederschlagsneigung, örtlich als Schnee, verbreiteter Nachtfrost, tagsüber kalt.

Schwäbische Zeitung

Redaktion: Albert Komma, Johannes Schmid. Verlag: Schwäbischer Verlag, KG., Friedrichshafen, in Leutkirch. Druck: Rottweiler Verlags- und Druckereigenossenschaft, Rottweil.

Die silberne Kapsel

2. Erzählung von Hermann Stresau

„Dem geben wirs aber,“ zischten sie und gedachten, ihm an Ort und Stelle den Pelz zu waschen; aber als sie ihn einholten, öffnete sich der Hohlweg, und in dem sanft auf die dicken Mauern von Meßkirch hin abfallenden Acker- und Wiesenland hielten weit voran die drei Herren und schauten sich verwundert nach ihren Burschen um.

Der eine von ihnen, der Knappe des Zollern, bog ohne weiteres in ein blühendes Flachsfield, dessen Bläue ein eben aufspringender Wind ins Wogen brachte. Der Weizenblonde folgte sofort; Uli zögerte, aber als er sah, daß der Weg in großem Bogen hinabführte, folgte er den Knappen, um den Vorsprung der wartenden Herren einzuholen. Die empfinden die heransprengenden Jungen, die im Flachs eine Spur wie ein strudelndes Kielwasser hinter sich ließen, nicht mit freundlichen Blicken. Herr Johann winkte seinen Uli Ramsperger heran.

„Wo seid ihr geblieben, Ramsperger?“ Der Milchbart schwieg. Aber der andere antwortete statt seiner mit unbewegtem Gesicht. „Ein Has ist uns über den Weg gelaufen, Herr Johann, wir wollten ihn fangen für Eure Küche.“

Herrn Johann verschlug die Frechheit d' Sprache, seine Augen irrten ab und sein Gaul begann unter ihm zu tanzen. Der Graf Zollern verbiß ein Lachen, sandte dann aber seinem Knappen einen bösen Blick zu, den dieser gleichmütig auffing. Der dicke Montfort, im unbehilflichen Bestreben, einen lauen Frieden zu stiften, machte geltend, es sei ein eitles Unterfangen, ein Tier ohne Arm-

brust zu jagen, und nichts als jugendlicher Uebermut.

Herr Johann im Harnisch tat den vorlauten Junker mit einem Achselzucken ab und wandte sich wieder an seinen vor Beklemmung hochroten Knappen: „Du bist durch den Flachs geritten, Ramsperger!“ Uli schwieg und blinzelte mit den Augen.

„Ich hab ein ernstes Geschäft diesen Abend in Meßkirch,“ fuhr Herr Johann fort, „und du wirst auf mich warten, bis ich zurück bin, daß ich dir zum drittenmal erzähle, was Bauernarbeit ist.“ Er sah den Jungen halb strafend, halb traurig an und wandte sein Pferd. Im Weiterreiten meinte der Zollern begütigend, da er sah, wie es in des Alten Zügen arbeitete: „Wegen des Flachses, Johann, brauchtest deinen Buben nicht anzufahren. Wenn meiner nur halb so bescheiden wäre —“

Herr Johann winkte mit müder Hand ab. „Er meints nicht böß oder weiß es nicht besser.“ Und bekümmert fuhr er fort: „Wie willst du heutigen Tags einen grünen Junker in Zucht halten. Ich bin zu alt dazu geworden, um einzurenken, was schieß ist.“

„Das ist wahr,“ sagte der Montfort langsam, „da hast recht, Johann. Was kannst du machen dagegen. Die Welt ist halt nicht mehr, was sie war zu unserer Zeit.“

„So schaut eigentlich nicht aus, Wolf,“ lachte der Graf. „Aber unser alter Freund und Bruder,“ und er schlug dem Geharnischten auf die Schulter, „grämt sich um seine Seligkeit. Gräm dich nicht, Johann, wirst sie schon kriegen.“

„Von wem?“ fragte der Freiherr ruhig. „Wer verspricht mir die? Den Hus hat man verbrannt vor zwanzig Jahren, und jetzt steht die halbe Welt in Feuer. Hab meinen Sohn hergeben müssen darum, mit Fluchen ist er

verstorben, hat alles verflucht, die Heiligen und mich, seinen Vater. Den Blick von meinem Sohn, den kann ich nicht vergessen.“ Er sprach ganz eben und sachte, ja fast ohne Bitterkeit, als rede er von einem anderen.

So näherten sie sich Meßkirch, die ebenfalls schweigsamen Junker hinter sich. Auf den Mauern der Stadt lag das grelle Licht der Sonne, hervorschießend aus den schieferblauen Gewitterwolken im Rücken der Reiter, und der kurzlebige Wind von vorhin war einer erstickenden Schwüle gewichen, so daß der dicke Montfort laut stöhnte in Gedanken an einen ausgiebigen Trunk in der kühlen Ratslaube zu Meßkirch. Er bat Herrn Johann, sich ihnen anzuschließen, wenn er seine Andacht verrichtet haben werde. Der Alte erwiderte ausweichend, er werde vielleicht keine Zeit finden.

„Deine Predigt von wegen des Flachses kannst auf morgen verschieben,“ redete der Graf Zollern ihm zu, „dein Bub wird sie auswendig wissen.“

„Er muß es lernen,“ rief der Zimmern heftig. „Ich kanns nicht leiden, daß einer mutwillig über bestellte Flur reitet, gleich als wär die Welt ein Ringelspiel oder eine Stechbahn für ihn.“

„Nimmt mich nit wunder, Johann,“ brummte der Montfort, „daß deine Bauern die Kappe vor dir abnehmen —“, er wollte fortfahren, schloß aber plötzlich den Mund und wandte seine Augen hin und her, als suchte er einen Ausweg; der Zollern lugte verstohlen nach Herrn Johanns Gesicht, das hilflos verzerrt auf eine Gestalt am Wege startete, eine alte Frau, deren Gesicht unter wollenem Koptuch wie in einer Mönchskapuze verborgen war. Sie hockte am Wegrand wie ein grauer Stein, neben einem Bündel Reisig, und rührte sich nicht.

„So, jetzt müssen wir umkehren,“ flüsterte der weizenhaarige Knappe, „die Hanne Reutenbach hockt uns im Weg.“

Der Zollern ritt vor und hielt vor der Alten. „Steh auf, Hanne Reutenbach,“ rief er und nahm sich zusammen, um nicht barsch zu werden, „geh beiseit, Alte, Herr Johann von Zimmern will nach Meßkirch.“

Das Koptuch hob sich ein wenig und zeigte ein gelbes Gesicht und eingesunkene schwarze Augen, die den Reiter stumpf ansahen, als sei er Luft und nicht Fleisch und Blut.

„Geh beiseit, Alte,“ wiederholte der Graf dringender, denn er sah, daß Herr Johann schon Anstalten machte, umzukehren. Der Blick der Greisin belebte sich ein wenig. „Ich hab ihm nichts getan, dem Herrn,“ hauchte sie.

„Er dir auch nicht, Alte,“ sagte der Zollern ungeduldig, „geh beiseit endlich, du weißt schon warum.“

„Woher wißt Ihr das?“ fragte die Alte plötzlich in so scharfem Ton, daß der Zollern stutzte; sie sank jedoch wieder ein wenig zusammen und wimmerte: „Gebt mir einen Trunk Wasser, Herr Graf, dann geh ich.“

Der Zollern winkte seinen Knappen herbei. „Gib ihr die Feldflasche,“ befahl er. Der Knappe nestelte die Flasche los und beugte sich herab, sie der Alten zu reichen. Dem Grafen brach plötzlich der Zorn aus. „Absteigen!“ rief er, „Ihr ans Maul halten und saufen lassen!“ schrie er und schlug sich mit der Hand auf den Schenkel. Das Spöttergesicht warf seinem Herrn einen schnurrigen Blick zu, ehe er der Alten geschlossenen Auges die Flasche an den zahnlosen Mund hielt. Sie griff aber selbst danach, trank einige Schlucke, die sie längere Zeit im Munde behielt, und reichte dem Junker mit einem Kopfnicken die Flasche zurück.

(Fortsetzung folgt)

Umschau im Kreis Calw

Krankheitssymptome

C.F.M. — In unserer Zeit, da die Bürokraten mächtiger sind als das gemeine Volk, ist es eigentlich kein Wunder, wenn viele Menschen die ganze Bürokratie zum Teufel wünschen. Auch im Kreis Calw schimpft man über die bürokratische Haltung gewisser Amtsstuben und Dienststellen. Dabei muß allerdings gesagt werden, daß auffallenderweise gerade die am lautesten schreien, die vor nicht allzulanger Zeit über Nacht aus ihren braunen Kostümen herausgehoben sind und also lange genug einer despotischen Bürokratie Handlangerdienste leisteten! Zur Ehrenrettung unserer „Bürokraten“ von heute muß weiter gesagt werden, daß man auch im Kreis Calw nicht ohne sie auskommen kann. In Zeiten des Hungers und Elends auf allen Gebieten, wo jedes Stückchen Brot „bewirtschaftet“ ist, wo die Hausfrau ihren Nähfaden und ihre Streichhölzer und der Mann seine Hosennäpfe „zugeteilt“ erhält, brauchen wir Menschen, die diese und andere Dinge „erfassen“, „verwalten“ und „verteilen“. Ohne die „Bürokratenherrschaft“ mit ihren weitgehenden Vollmachten hätten wir (kleinen Leute) heute wahrscheinlich überhaupt nichts mehr zu erwarten! Eine gesunde Bürokratie wäre also immer noch das kleinere Übel, wenn wir auch die Zeit herbeisehnen, wo die Volkswirtschaft wieder elastisch gelenkt werden kann und sich der sture Bürokratismus von selbst zu Tode läuft.

Nun kommt aber zu der notwendigen Bürokratie etwas hinzu, was nicht unbedingt sein müßte. Auch im Kreis Calw treten bei gewissen bürokratischen Stellen Erscheinungen zutage, die mit der Zeit recht gefährlich werden können. Es gibt Verwaltungs- und Dienststellen, Parteibüros und Amtsstuben, in denen das Wesen einer notwendigen Bürokratie auf Kosten der Wahrheit um nicht wenige Linien verzeichnet wird. Da und dort werden nämlich Versprechungen gemacht, von denen man schon im Voraus weiß, daß sie nicht gehalten werden können oder es erfolgen Entscheidungen und Verteilungen, die Entrüstung und Mißtrauen hervorrufen müssen. Auch wollen die Klagen darüber nicht verstummen, daß manchmal auf diejenigen „kontingiert“ werden und „zugeteilt“ erhalten, die hin und wieder mit etwas „nachhelfen“ können. Wir wollen nicht annehmen, daß das in Form eines „Naturallohnes“ geschieht, wie wir auch nicht glauben können, daß nach der Inflation der Parteibücher des „Dritten Reiches“ diese nunmehr unter anderen Vorzeichen eine Aufwertung erfahren. Aber immerhin hatten wir schon selbst Gelegenheit festzustellen, daß irgendwo bei der Bürokratie etwas nicht stimmt, und daß einzelne ihrer Vertreter es mit Wahrheit und Gerechtigkeit nicht so genau nehmen. Wenn es sich hier auch — was wir anerkennen — nur um Einzelscheinungen handelt, so glauben wir doch auf diese Symptome einer eigenwilligen Schreibstübchenherrschaft aufmerksam machen zu müssen, ehe es zu spät ist. Es wäre verkehrt, wenn wir solche Mangelerscheinungen der Bürokratie widerspruchslos hinnehmen würden und stillschweigend dulden, was die Späßen von den Dächern pfeifen und die Menschen sich im Flüstern zuraunen. Die Zeit des Kadavergehorsams, des Stillstehens und der kratzfüßigen Untwürdigkeit ist vorbei. Wir müssen von denen, die die Bürokratie durchführen und anwenden verlangen, daß sie Hemd und Haut unterscheiden lernen, keine Versprechungen machen, die nur Verströbungen sind, nicht bürokratische Machtgelüste hegen, sondern die ihnen vom Vertrauen des Volkes zuerkannten Befugnisse richtig und gerecht verwalten.

Aus dem Calwer Gemeinderat

Calw. — In der letzten Sitzung des Gemeinderats waren Finanzfragen Gegenstand der Beratung. Bis Ende des Jahres 1948 wird eine völlige Schuldentilgung angestrebt. Die private Feuerversicherung, das Eigentum der Stadtwerke betreffend, wurde neu geregelt. Es kam zur Sprache, daß sich die allgemeine Futternot auch bei der Stellung von Fuhrwerken für städt. Fuhrer sehr nachteilig auswirkt. Dadurch kann die Stadtverwaltung zur Zeit nur mit großer Mühe ihren Fuhrpflichten nachkommen. Die notwendige Kohlenabfuhr bildete einen besonderen Punkt der Beratungen. Weiter hatte sich der Gemeinderat mit Einsprüchen gegen die Wohnraumerfassungen zu beschäftigen. Die ganze Bevölkerung der Stadt konnte mit 2 Ztr. Kartoffeln versorgt werden. Die umfangreiche Tätigkeit der Bezugsstelle wird von der Bevölkerung immer noch nicht erkannt und zum Teil grundlos beargwöhnt.

Zavelstein. — Dieser Tage fand hier eine Abschlussbesprechung des Kreisgouverneurs Frénot mit den Landtagsabgeordneten statt. Gouverneur Frénot gab dabei einen Rückblick auf die vergangenen Jahre und hielt Ausschau in die Zukunft. Die Abgeordneten hatten Gelegenheit, ihre Sorgen und Anliegen noch einmal vorzubringen und den scheidenden Gouverneur zu bitten, auch weiterhin im Sinne der Verständigung zwischen Frankreich u. Deutschland zu wirken. In herzlichen Worten dankte Gouverneur Frénot den Abgeordneten für die bisher geleistete, verantwortungsbewusste Arbeit und versicherte den Kreis Calw auch weiterhin seines Wohlwollens.

Wildbad. — Der Männergesangverein „Liederkrantz“ veranstaltete am Donnerstag, 30. Oktbr., um 20 Uhr im Staatlichen Kursaal ein Konzert unter Mitwirkung der Kapelle R. Hickel. Wer sich noch an die Darbietungen der letzten Veranstaltungen des „Liederkrantz“ erinnert, wird sich auch diesmal die zu erwartenden schönen Stunden bei frohem Gesang und ausgewählter Musik nicht entgehen lassen wollen. — Für unsere Jugend bietet zum Wochenende die bekannte Lilo-Märchenbühne, Baden-Baden, mit dem Märchenpuppel für Kinder (und Erwachsene) „Aschenputtel“, eine schon längst ersehnte freudige Abwechslung.

Fragen des Einzelhandels

Herrenalb. — Im Rahmen des Fachverbandes Einzelhandel wurde hier für Herrenalb und die Orte Döbel, Neusatz, Rotensohl, Bernbach u. Loffenau eine Ortsvereinigung gegründet. In der Gründungsversammlung im Hotel „Kühler Brunnen“, die von Interessenten recht gut besucht war, erläuterte als Vertreter der Verbandsleitung Schenk-Reutlingen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Einzelhändler. Er zeigte Zweck und Ziel des Fachverbandes Einzelhandel auf und führte aus, daß es ebenso notwendig sei, durch eine gerechte Lenkung des Warenverkehrs und der Warenverteilung den Belangen aller Einzelhändler gerecht zu werden, wie auch den vielseitigen Wünschen

der Verbraucher entgegenzukommen. In gleicher Weise gelte es, die Interessen des Einzelhandels gegenüber den Behörden durch den Verband zu wahren und den Einzelhändlern in Wirtschafts- und Steuerberatung helfend zur Seite zu stehen. Wichtig sei auch, daß wieder tüchtige Fachkräfte im Einzelhandel herangebildet würden. Die vorgesehene Ausbildung in Fachkursen sollte durch den Verband unterstützt werden. Zu den Konsumvereinen und Genossenschaften stellte sich der Fachverband für Einzelhandel bei gleichen Rechten u. Pflichten auf den Boden eines friedlichen Wettbewerbes, auf den gleichen Wettbewerbsvoraussetzungen. Die sich anschließenden Wahlen ergaben

Nicht neues Unrecht!

Calw. — Unter dem Vorsitz von Staatskommissar Traber wurde hier der Kreisausschuß für die politische Säuberung neu gebildet. Dem Ausschuß gehören an: Hermann Schmid, Friedrich Frick (CDU), Hermann Scholz, Fritz Fischer (SPD), Jakob Burkhardt, H. Kohler (DVP), Hans Ballmann, Ernst Laich (KP) und von den Freien Gewerkschaften Franz Maier und Erdmann Just. Den Vorsitz führt Gewerkschaftssekretär Franz Dagne, Stellvertreter ist Friedr. Frick.

C.F.M. — Die Entnazifizierung, die bislang auch im Kreis Calw viel Staub aufgewirbelt hat, dürfte nunmehr nach der Neubildung des Kreisausschusses für politische Säuberung eine größere Befriedigung des politischen Lebens herbeiführen, als das bisher der Fall war. Staatskommissar Traber erläuterte bei der Vereidigung der Mitglieder des Ausschusses in längerer Ausführungen die Rechtsanordnung. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß er unter allen Umständen gewillt sei, die politische Säuberung in gerechter Weise durchzuführen. Er sagte, daß bei der neuen Form des Verfahrens bei der Bemessung von Sühnemaßnahmen Gerechtigkeit und Menschlichkeit oberstes Gesetz sein müßten. Wichtig dürfte es auch sein, daß künftighin die Beurteilungen des Kreisuntersuchungsausschusses bestehen bleiben und eine etwa von dieser Stelle beabsichtigte Aenderung nur im Einvernehmen mit dem Kreisausschuß vorgenommen werden darf. Soll der von der politischen Säuberung betroffene Personenkreis davon überzeugt werden, daß es sich dabei nicht um Rache und Vergeltung handelt, sondern daß diese notwendige Maßnahme wirk-

folgendes Ergebnis: Beauftragter der Ortsvereinigung Herrenalb, Wilhelm Lörcher in Fa. Kaufhaus König, Herrenalb, als Stellvertreter Kaufmann Haubensack, Döbel. Als Fachberater wurden gewählt: Lebensmittel — Frau Bechtle in Fa. Karl Bechtle, Herrenalb; Textil — Kaufmann Haubensack, Döbel; Schuhwaren — Frau Marie Weiß in Fa. Herm. Weiß, Herrenalb; Gemischtwaren — Carl Engel, Kaufhaus, Döbel. Von der Versammlung wurde eine Neuregelung der Verkaufszeiten innerhalb der Ortsvereinigung beschlossen. Zur Einsparung an Licht und Heizmaterial wurden für das Winterhalbjahr die Verkaufszeiten wie folgt festgesetzt: Soweit kein Aufruf erfolgt, Ladenöffnung von 9 bis 13 Uhr. Bei Aufrufen werden die Geschäfte den ganzen Tag geöffnet bleiben.

lich der Versöhnung und Befriedigung dienen soll, dann dürfen nach unserer Überzeugung auch diejenigen nicht davon ausgenommen werden, die aus dem Kreis Calw noch in den Internierungslagern sitzen! Man sieht mit zunehmender Sorge, wie sich die Herzen dieser Menschen und ihrer Angehörigen immer mehr verhärten und verbittern und nicht wenige von ihnen, die sich vom Nationalsozialismus gelöst haben, wenden sich in ihrer Verbitterung und Verzweiflung von einer Demokratie ab, von der sie Menschlichkeit und Gerechtigkeit erhofften, und die nun schon zweieinhalb Jahre nur den Stachelndraht und die Ungewißheit für sie übrig hat. Wir wollen uns nicht vor diejenigen stellen, die in ihrer wahnsinnigen Verblendung Verbrechen wider die Menschlichkeit begangen haben, aber die Männer aus unserem Kreis, die politisch geirrt, sittlich aber nicht gefehlt haben, sollte man nicht länger mit den wirklich Schuldigen zusammensperren, sondern ihnen nunmehr die Freiheit geben, damit sie von der heimatischen Spruchkammer unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Verantwortung ihre Beurteilung erhalten, was gerechterweise nur geschehen kann, wenn sie sich an der Stätte ihres Wirkens verantworten können. Der Nazismus und seine Gewaltmenschen haben Haß gesät. Wir alle haben diesen Haß ernten müssen. Irgendwo muß die Mauer des Hasses durchbrochen werden und an die Stelle der Vernichtung und Vergeltung die Bereitschaft zur Versöhnung und die aufbauende gemeinsame Tat treten! Es wäre wahrlich ein entscheidender Beitrag zum Neuaufbau der Demokratie, wenn der Kreis Calw hier richtungweisend voranging!

Der Kreis Freudenstadt berichtet

Die politische Säuberung

Freudenstadt. — Der neue Kreisuntersuchungsausschuß für die politische Säuberung, dessen Vorsitzender Bürgermeister Rothfuß ist — Stellvertreter Gewerkschaftsleiter Nikolaus Schmitt — wurde am Mittwoch vom Staatskommissar für die politische Säuberung, Traber, im Rathaus vereidigt. Dabei erläuterte der Staatskommissar die neue Rechtsanordnung zur Säuberung. Bürgermeister Rothfuß brachte eine Reihe von Fällen zur Sprache, deren Entscheid nach seiner Meinung zu scharf gewesen ist. Milderung wurde hier zugesagt. Dem neuen Kreisausschuß gehören als Vertreter der CDU Bezirksnotar Essich und Prokurist Schobel an.

Freudenstadt. — Der ehemalige „Reichsapothekerküfer“ Schmierer ist aus einem britischen Internierungslager mit der Einstufung in Gruppe III entlassen worden. Er hat einen Arbeitspaß erhalten, obwohl er als „Reichsapothekerküfer“ Nutznießer, außerdem SA-Gruppenführer und stillvertretender Führer des Deutschen Schützenverbandes war. Schmierer hat jetzt die Absicht bekundet, in die amerikanische Zone einzuziehen. Die „Süddeutsche Apothekerzeitung“ erhebt dagegen scharfen Einspruch und veröffentlicht eine Resolution bayrischer Apotheker, in der diese ihr Befremden über die im Fall Schmierer gehandhabte Entnazifizierungspraxis zum Ausdruck bringen.

Die Wohnungsnot in der Kreisstadt

Freudenstadt. — In der letzten Sitzung des Gemeinderats war die Wohnungsnot in der Kreisstadt Gegenstand der Erörterung. Die staatlichen Stellen verpflanzen laufend neue Beamte nach Freudenstadt, ohne daran zu denken, daß die schwer zerstörte Kreisstadt diesen Zuziehenden keinen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Auch Bezirksnotar Essich (CDU) kritisierte die dauernde Beanspruchung des kargen Wohnraums der Kreisstadt durch Neulinge, die von außen kommen. Man sollte vielmehr versuchen, bei Beamtenernennungen bewährte, in Freudenstadt bereits ansässige Kräfte auszuwählen. Um der Wohnungsnot zu steuern, sollen künftig Wohnräume für Büro Zwecke nicht

Aus dem Kreis Horb

Horb a. N. — Gegen den Altprodukthändler Adolf Spindler aus Freudenstadt war von der Israelitischen Kultusgemeinde Stuttgart Anklage wegen Grabschändung im Jahre 1943 erhoben worden. Er hatte zu diesem Zeitpunkt den Auftrag erhalten, sämtliches Eisen auf den jüdischen Friedhöfen in Baisingen, Horb und Mühringen zu entfernen. In der langwierigen Verhandlung wurde festgestellt, daß der Beklagte dies nach anfänglicher Ablehnung nicht willkürlich, sondern mit pietätvoller Sorgfalt tat, so daß von vornherein die Anklage wegen Grabschändung nicht zu Recht bestand. In der Untersuchung, inwieweit sich Spindler im objektiven Sinne schuldig gemacht habe, war keine strafbare Handlung zu erkennen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Lützenhardt. — Bei einem hiesigen Landwirt wurde ein Einbruch verübt. Den Dieben fielen Lebensmittel im Werte von 300 Mark in die Hände.

mehr freigegeben werden. Außerdem soll ein weiteres Behelfsheim nahe der Milchzentrale ausgebaut werden. Der Gemeinderat protestierte in seiner Gesamtheit gegen die Aufstellung des Liebenzeller Bürgermeisters Klepper als Vertreter der Städte bis 20 000 Einwohner auf der Liste der Kandidaten zum südwestdeutschen Gemeindetag. Man wünscht, daß auf der gesamten Kandidatenliste Vertreter der schwerzerstörten Städte Freudenstadt und Friedrichshafen erscheinen.

Alpirsbach. — Zum neuen Leiter der hiesigen Oberschule wurde Studienrat Georg Albrecht ernannt, der bisher Leiter der Oberschule in Eberstadt bei Heilbronn war. Er wirkte bereits von 1903 bis 1908 als Reallehrer an unserer Oberschule. Seine Frau ist eine gebürtige Alpirsbacherin.

Brand in der Spankorbfabrik

Mitteltal. — In der hiesigen Spankorbfabrik brach ein Brand aus. Die Feuerwehr von Mitteltal, unterstützt von der Baisbronner Motorspritze, bekämpfte das Feuer und löschte es. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich schwierig, da der ganze Vorrat an Spanrohmaterial abgetragen werden mußte.

Dornstetten. — Ausbildungskurse in erster Hilfe bei Unfällen wurden durch die „Gesellschaft für Gesundheitsfürsorge u. Kriegsgefangendienst“ nun auch in Dornstetten durchgeführt. Die ärztliche Leitung der Lehrgänge hat Dr. Mahler. Erfahrene Sanitäter wirken bei der Ausbildung mit.

Palzgrafenweiler. — In nächster Zeit wird die Bevölkerung Gelegenheit haben, ein Operngastspiel zu sehen. Durch Vermittlung des Volksbildungswerks wird die Lortzingsche Spieloper „Zar und Zimmermann“ in der Turnhalle zu sehen sein. Dieses seltene künstlerische Ereignis wird gewiß viele Besucher anlocken.

Schönmünzach. — Auf der Brücke nahe dem Bahnhof Huzenbach fuhr ein Lastkraftwagen gegen das Brückengeländer. Der Wagen durchbrach das Geländer und stürzte in die Murg. Die Insassen wurden verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich.

Transportkrise gemeistert

„Wir haben den Kulminationspunkt des Herbstverkehrs bereits überschritten und sind sicher, daß wir die Transportkrise meistern werden.“ erklärte in einer Pressekonferenz der Abteilungsleiter für das Eisenbahnwesen beim Innenministerium, Oberregierungsrat Dr. Authenried, zur Überwindung des Herbstverkehrs mit seiner enormen Steigerung durch den Transport der Lebensmittel und der Wintervorbereitungen standen der Eisenbahn des Landes insgesamt 113 Lokomotiven und über 2700 Güterwagen zur Verfügung. Es sei, so sagte Dr. Authenried, bisher gelungen, über die Hälfte aller für Berlin bestimmten Lebensmittel abzutransportieren. Die Kapazität des Transportraumes der Eisenbahnen in Südwürttemberg betrage zur Zeit zwischen 50 000 und 60 000 Tonnen und entspreche etwa dem Zehnfachen des Laderaumes von Straßentransportmitteln, die auf Anordnung der Staatsregierung weitgehend in den Herbstverkehr eingeschaltet wurden. Der Gesamtbedarf an Transportraum betrage im Oktober als dem kritischsten Monat 200 000 Tonnen. Davon entfallen allein auf die Landwirtschaft 85 000 Tonnen und für Holztransporte 40 000 Tonnen. Zwei Drittel des Be-

Bürgermeister Josef Weber-Wildbad

Großer Wahlerfolg für den Kandidaten der CDU

Wildbad. — Bei der für die Restzeit der Amtsperiode notwendig gewordenen Bürgermeisterwahl in Wildbad waren 2935 Bürger stimmberechtigt. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 1287. Davon entfielen auf den Kandidaten der CDU, Josef Weber, 1110 Stimmen. Der Kandidat der SPD, Eitel, konnte 112 Stimmen auf sich vereinigen. Ungültig waren 60 Stimmen und zersplittert 5.

Das Wahlergebnis spricht eine deutliche Sprache. 90 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt der Bahnhofsvorstand und Vorsitzende der CDU-Ortsgruppe Wildbad, Josef Weber. Der neue Bürgermeister mag in der überaus großen Mehrheit einen persönlichen Vertrauensbeweis sehen, der es ihm leichter machen wird, die schwere Verantwortung zu übernehmen. Zum anderen darf aber auch die CDU über das Ergebnis erfreut sein, weil diese Wahl ihr, wenn auch nur einen örtlichen, Maßstab für ihre Stärke gegeben hat. Trotzdem die SPD noch am Freitagabend in einer Versammlung, in der Abg. Dr. Roser sprach, für ihren Kandidaten warb, konnte der Kandidat Eitel nur 112 Stimmen erzielen.

Für die Jugend

Der Mittelpunkt

Vorbemerkung: Wir können hier nicht alle Fragen, die der Artikel „Demokratie“ in Ausgabe Nr. 84 bei den Lesern ausgelöst hat, beantworten. Wir wollen aber versuchen, der Jugend eine Antwort zu geben, die sich „im Witzsal des politischen Lebens nicht mehr zurechtfindet“, weil „alle Anzeichen darauf hindeuten, daß wir Menschen die Verhältnisse nicht mehr ändern können und somit auch das politische Wollen der Parteien von vornherein zum Versagen verurteilt ist“.

Wir dürfen bei der Frage, ob der Mensch das Produkt der Verhältnisse sei und bleibe oder ihrer Herr werden könne, nicht von vorgefaßten Theorien ausgehen, wären diese auch durch ein parteipolitisches, weltanschauliches oder religiöses Dogma heilig gesprochen. Auch die quälendsten Gewaltsamkeiten einer diesseitig orientierten Wissenschaft vermögen uns auf diese Fragen keine letzte Antwort zu geben. Immer wenn es sich um das Woher und Wohin des Menschen dreht, um seine Freiheit und Zuständigkeit, tun wir gut daran, uns zu bescheiden und es einzugestehen, daß wir über den Menschen letztlich nur durch eine jenseitige Offenbarung Kenntnis und Aufklärung erhalten können. Was uns offenbarungsmäßig vom Menschen enthüllt ist, lehrt uns aber deutlich, daß der Mensch eben nicht das Produkt der Verhältnisse ist, sondern von Gott geschaffen, um über das Geschaffene zu herrschen! Nach dem Willen des Schöpfers hat der Mensch also nicht Sklave der materiellen Verhältnisse zu sein, sondern er hat den Auftrag und die Verpflichtung, über ihnen zu stehen und sie in seinen Dienst zu stellen. Der Mensch, im Mittelpunkt des Lebens stehend, hat nach dem Willen seines Schöpfers eine Doppelaufgabe in dieser Welt zu erfüllen: die Gestaltung der Schöpfung und den Aufbau der menschlichen Gesellschaft. In das letzte Gebiet, den Aufbau der menschlichen Ordnung, gehört wesensmäßig die Politik mit hinein! Wer sich also um die Politik drücken will und in einem frommen Einspänerleben nur den eigenen Seelenbereich pflegen will oder wer sich von irgendwelchen anderen Gründen mit den Dingen der öffentlichen Ordnung nicht befassen mag, handelt im letzten Grunde verantwortungslos. Denn jede unpolitische Entscheidung ist eine Entscheidung wider die Seinsordnung, also gegen die menschliche Gesellschaft, der wir doch alle angehören. Gewiß können wir nach dem Versuch einer apokalyptischen Auswanderung der politischen Gewaltmenschen des Dritten Reiches aus der menschlichen Seinsordnung, das Vertrauen in die Politik verlieren und verstehen es, wenn gerade unsere Jugend von Parteimüdigkeit und Parteiangst befallen ist. Aber die Nazis, die aus der Politik einen Inflationsbegriff machten, mit dem man alles zu decken und zu beschönigen suchte, haben heute im politischen Leben nichts mehr zu sagen und damit ist es allen Gutwilligen möglich gemacht, wieder zu eigenem Denken, zu sauberen Begriffen und damit auch zu einer persönlichen politischen Haltung zu kommen! Obwohl bei uns Deutschen nicht nur der politische Bereich gestört ist, sondern unsere ganze menschliche Existenz überhaupt, ist es vor allen Dingen notwendig, daß wir auf der politischen Ebene zu einer Bereinigung und Klärung kommen, wenn wir nicht auf allen anderen Gebieten wiederum versagen wollen! Wir müssen es lernen, bei jeder politischen Besinnung die Menschen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu stellen, wenn wir je einmal aus der politischen Problematik unserer Tage herauskommen wollen. Der lebendige Mensch muß sich mit den Dingen der öffentlichen Ordnung beschäftigen, sie formen, prägen und gestalten, wenn er nicht, zur seelenlosen Masse degradiert, politisch noch einmal versagen will! Damit ist schon angedeutet, daß es für keinen von uns ein politisches „Niemandland“ gibt, sondern daß wir alle zu politischer Bereitschaft und Verantwortung gerufen sind, ob uns das genehm ist oder nicht. Denn Politik ist nichts anderes als die Beschäftigung mit den Dingen des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Ordnung und darum Verpflichtung und Aufgabe aller, die nicht wollen, daß die Verhältnisse über uns herrschen! Gerade weil es heute so wenige Menschen gibt, die stärker sind als ihre Verhältnisse, droht unsere Jugend an der Politik zu verzweifeln. Sie sieht nur den Verfall und steht immer wieder in Gefahr, diesen als Grundlage der Deutung der Politik anzunehmen. An den Älteren ist es, dieser Jugend den Beweis zu geben, daß der Mensch aus der Freiheit heraus handeln und damit auch ein Herr seiner Verhältnisse werden kann. Wer zumal als christlicher Mensch dieses Beispiel nicht zu geben vermag, der mag wohl auf dem Gebiet der Politik immer noch schöne und viele Worte machen können, aber als Politiker hat er dem jungen Menschen der Gegenwart nichts mehr zu sagen. C. F. M.

darf es konnten ohne weiteres befriedigt werden. Dazu waren noch besondere Maßnahmen erforderlich. Aber alle diese Sofort- und Hilfsmaßnahmen dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl durch die Ausfälle und Zerstörungen des Krieges wie auch durch die seit 1933 betonte Bevorzugung der Motorisierung zum Nachteil des Eisenbahnbaues — einer der bedenklichen Fehler Hitlers, der im Kriege zu Transportkatastrophen führte — ein erheblicher Mangel an Lokomotiven und Eisenbahnwagen besteht, der durch Schwund noch verschärft wurde. Da nach den Potsdamer Beschlüssen der Bau von Lokomotiven bis 1951 verboten ist, wird die Eisenbahn weitgehend von der Reparatur seines Parks abhängig sein. Mit Beginn des neuen Jahres wird nun erfreulicherweise die Waggonfabrik Rastatt Waggon im Fließbandverfahren herstellen.

